GRUNDRECHT WOHNEN
Bürgerinitiative "Siedlung am Eschershauser Weg"

Berlin, am 26.08.2009

GRUNDRECHT WOHNEN
Irene Wagner Eschershauser Weg 25 D 14163 Berlin

Markus Löning MdB
Platz der Republik 1

11011 Berlin

markus.loening@bundestag.de

Bundestagswahl, Wahl“kampf“ und Mieter und FDP

Sehr geehrter Herr Löning,

wir lasen in dem Wahlprogramm der FDP:

Das Mietrecht muss der veränderten Situation am Wohnungsmarkt angepasst werden. Die Mietrechtsreform im Jahr 2001 hat die Rechtsstellung der Vermieter deutlich verschlechtert. Asymmetrische Kündigungsfristen, überlange Verfahrensdauern bei Zahlungs- und Räumungsklagen sowie Schonfristen für säumige Mieter sind abzuschaffen beziehungsweise zu ändern. Die FDP fordert im Interesse von Mietern und Vermietern eine Vereinfachung des Mietrechts und dessen abschließende Regelung im Bürgerlichen Gesetzbuch.

bitte nennen Sie uns **einen** Grund, warum Mieter, noch dazu Gagfah-Mieter, die den Heuschrecken zum Fraß vorgeworfen wurden, Ihre Partei wählen sollten?

Haben Sie eine Idee?

Warum sollten Mieter, die sich ausrechnen können, wann sie durch untätige (möglicherweise erzwungen untätige?) Politiker obdachlos werden, da die Weichen durch gesetzlich erlaubte Mieterhöhungen so gestellt sind, daß die Mieten unbezahlbar werden, Ihre Partei wählen?

Haben Sie einmal nachgerechnet, daß eine Kalt-Miete, die alle 15 Monate durch das „Instrument Mietspiegel“ erhöht wird, **wie es die Fortress-GAGFAH durchzieht,** sich in 12 Jahren (Zinseszinseffekt) verdoppelt? Die Betriebskosten brauchen wir nicht zu erwähnen.

Wo sollen die Slums errichtet werden oder will die Politik das französische Modell übernehmen: die Kinder von Don Quijote:



oder das amerikanische Modell: jeder erhält einen Einkaufswagen, den man nachts zu einem Bett ausklappen kann (HUV Homeless Utility Vehicle“):



Warum fordert Ihre Partei keinen **MIET-STOPP?** Müssen wir Ihr Wahlprogramm dahin gehend verstehen, daß Sie das BGB/ MietUNrecht, insbesondere die §§:

§ 558,3 in drei Jahren darf die Miete um 20% - in Worten zwanzig - steigen
§ 558 c
§ 558 d

noch weiter verschärfen wollen?

Der bürgerfeindliche „Mietspiegel“ hat es der GAGFAH **2 0 0 9** ermöglicht, für einen abgewetzten Terrazzo-Küchenfußboden von **1 9 3 0** mehr Miete zu kassieren, ebenso für einen Zwangskabelanschluss.

Tatsächlich ist die derzeitige Situation des Mieters folgende: er mietet eine Wohnung mit bestimmten Ausstattungsmerkmalen zu einem vereinbarten Preis. Dieser steigt regelmäßig in einem vom Vermieter festgesetzten Umfang – **„begrenzt"** durch den politisch für richtig gehaltenen Rahmen von **20 % in 3 Jahren**.

Der Mietspiegel führt neue Elemente ein, die dem Vermieter einen weiteren Zugriff auf das Konto des Mieters ermöglichen - z.B. Zwangsverkabelung, Billigbauelemente von **1930.** Der Vermieter modernisiert mit Steuermitteln gefördert (auch vom Mieter gezahlt). Unabhängig von der Höhe der von ihm mitfinanzierten Modernisierungskosten zahlt der Mieter endlos seinen Obolus für den Vermögenszuwachs des Vermieters, selbst wenn der „Wertzuwachs“ seit Jahrzehnten demontiert ist. Eigentum verpflichtet - Wachstum muß sein.

Miet“Recht“ und „Miet-Spiegel“ sind der **sichtbare Beweis** dafür, daß beides nicht auf demokratischem Wege zustande gekommen sein kann. Denn die Mieter haben in diesem Land die offensichtliche Mehrheit und würden niemals mieterfeindliche, unsoziale Instrumente schaffen. Wer war hier von der Vermieter-Lobby bestochen oder Opfer von Erpressung?

Wohin sollen ständig steigende Mieten führen, wenn nicht in die **OBDACHLOSIGKEIT** vieler Hundertausender Menschen? Das ist Raubtierkapitalismus der bösesten Art und widerspricht dem Grundgesetz **Artikel 20** [Staatsstrukturprinzipien; Widerstandsrecht] (1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und **sozialer Bundesstaat**.

Eigentumswohnungen In dieser Republik gibt es zwei Arten von Eigentum: eines das verpflichtet und eines, das es immer leichter macht, Mieter – **Menschen** – aus ihrem Zuhause zu vertreiben. Drei Jahre nach Umwandlung (hier in Zehlendorf) kann jeder Mieter mit der gesetzlichen Kündigungsfrist vertrieben werden. Da bietet es sich geradezu an **vermietete** Eigentumswohnungen zu erwerben, weil 15% billiger im Angebot, und den Menschen ihr

Zuhause zu nehmen. Wir haben nichts davon gehört, daß Ihre Partei hier einen dringenden Handlungsbedarf sieht!

Die Politik hat nur ein Problem mit der **Landesverfassung von Berlin**, **Artikel 28**

> (1) Jeder Mensch hat das Recht auf angemessenen Wohnraum. Das Land fördert die Schaffung und Erhaltung von angemessenem Wohnraum, insbesondere für Menschen mit geringem Einkommen, sowie die Bildung von Wohnungseigentum.

Auch mit den Menschenrechten gibt es ein Problem:

> **Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948**, **Art. 25 Abs. 1**
>
> Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet, einschließlich Nahrung, Kleidung, **W o h n u n g,** ärztliche Versorgung und notwendige soziale Leistungen gewährleistet sowie das Recht auf Sicherheit im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität oder Verwitwung, im Alter **sowie bei anderweitigem Verlust seiner Unterhaltsmittel durch unverschuldete Umstände**. (hier muß aktualisiert werden: z.B. durch Bail-out)

Sie sehen, die Menschenrechte definieren genauer was **„angemessener“** Wohnraum ist. Eine Obdachlosenunterkunft z.B. ist **nicht** angemessen, auch wenn sie teuer ist (Beispiel Hamburg 2006: Dem Senatsbeschluss zufolge steigen vom kommenden Jahr an die Gebühren je nach Unterkunft um zwölf Euro für Gemeinschaftsunterkünfte bis 24 Euro für Einzelzimmer. Ein Platz in der Gemeinschaftsunterkunft werde danach monatlich 123 Euro kosten, ein Einzelzimmer 225 Euro).

Hier muss die Landesverfassung Berlin nachgebessert werden. Oder sollte der Artikel 28 besser ganz gestrichen werden? Er stört die Heuschrecken sehr – siehe **„Berliner Thesen zur Wohnungspolitik 2009“**:

www.deutsche-wohnen.com/fachtagung2009/Berliner_Thesen_zur_Wohnungspolitik_2009.pdf
aus: www.deutsche-wohnen.com/fachtagung2009/

Wir möchten von Ihnen nichts über Wohngeld hören. Wohngeld ist der unverschämte Griff der Vermieter in die Steuerkasse. Merkwürdigerweise braucht sich der Wohnungsmarkt nicht nach Angebot und Nachfrage zu richten. Die Nachfrage nach preiswerten Wohnungen ist enorm – wo ist das Angebot?

Wir regen die Schaffung eines Renten-/ Einkommensspiegels an, der mit dem Mietspiegel gekoppelt wird - ähnlich wie die Gaspreise an die Ölpreise gekoppelt sind -, so dass sich die

Einkommen der Mieter in dem Rahmen erhöhen, wie sie der Vermieter alle 15 Monate für richtig hält. Wir bitten Sie ausdrücklich auch zu diesem Punkt um Ihre Stellungnahme!

Wie Sie unserem Schreiben unschwer entnehmen werden, sind wir wütend, sehr wütend. Wir haben das Gefühl, wir leben hier in einer Zuschauer-„Demokratie“!

Bei der bestehenden Mieter-Notlage wird die Partei, die sich jetzt endlich tatkräftig und ernsthaft für die Umsetzung des Grundrechts auf Wohnen einsetzt - gegen den Trend der Heuschrecken-Förderung - Hunderttausende von Wählern für sich gewinnen. Die Menschen w a r t e n darauf, dass die Lösung brennender sozialer Fragen angepackt wird.

Ihre Antwort wird mindestens 750 Zehlendorfer Mieter erreichen (**Grundrecht Wohnen**) sowie die Nachbarinitiative der GEHAG-Mieter und über das Internet den Rest der Welt.

Mit Grüßen
Im Auftrag

Irene Wagner

GRUNDRECHT WOHNEN
Irene Wagner
Eschershauser Weg 25 D
Telefon 802 14 18
14163 Berlin
grundrechtwohnen@gmx.net